

## **Für den Ausbau der Grundsicherung - Veränderungstendenzen im Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit und der Wandel sozialer Bedürfnisstrukturen\***

---

Prof. Dr. Rainer Zoll, geb. 1934 in Alsfeld, war nach dem Studium in der Pressestelle der IG Metall tätig, zuletzt als deren Leiter und lehrt heute Gewerkschaftssoziologie an der Universität Bremen.

### Soziale und kulturelle Differenzierungen

In den vergangenen Jahrzehnten konnte sich gewerkschaftliche Tarifpolitik an den sogenannten objektiven Interessen der Lohnabhängigen orientieren, weil der Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Interessen zwischen den aus dem Verkauf der Arbeitskraft als Ware ableitbaren Interessen (an einem möglichst sicheren Arbeitsplatz, an mehr Lohn/Gehalt und an der Erhaltung der Arbeitskraft) und der artikulierten Bedürfnisstruktur relativ eng war. Heute dagegen ist dieser Zusammenhang zunehmend von Komplexität und Differenzierung bestimmt. So entsteht eine neue Unübersichtlichkeit der Bedürfnisstruktur, die aber nicht nur das Ergebnis sozialer und kultureller Differenzierungsprozesse, sondern auch erfolgreicher gewerkschaftlicher Tarifpolitik ist.

---

\* Überarbeitete Fassung eines Beitrags zum Workshop des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt „Die soziale Modernisierung des Arbeitsverhältnisses: Neue Begründungslinien gewerkschaftlicher Einkommens- und Entgeltpolitik“.

Einerseits hat die Tarifpolitik für die Mehrheit der Lohnabhängigen beachtliche Fortschritte im Lebensstandard gebracht und damit auch die Möglichkeit zur Entwicklung und Ausdifferenzierung individueller Bedürfnisse eröffnet.<sup>1</sup> Andererseits haben die Gewerkschaften nicht verhindern können, daß eine Minderheit von Lohnabhängigen aus dem Netz der tarifpolitischen Absicherung herausgefallen und damit vom zunehmend löchrig werdenden sozialen Netz abhängig geworden ist; ein Teil dieser Minderheit wurde zum Freiwild für die Willkür bestimmter Unternehmer.

Es besteht kaum ein Zweifel an der wachsenden Differenzierung der Sozialstruktur. Was aber meist vergessen wird, ist der Umstand, daß es sich um die Sozialstruktur der Arbeiterklasse handelt. Wenn die Gewerkschaften weiterhin für alle Lohnabhängigen zuständig sein wollen, dann müssen sie versuchen, sozial so unterschiedlichen Situationen gerecht zu werden wie zum Beispiel:

- arbeitslose Frau, 50 Jahre alt, allein lebend,
- arbeitsloser Angestellter, 45 Jahre alt, verheiratet, seine Ehefrau hat gelegentlich kleine Jobs,
- marginalisierter Jugendlicher, lebt von Arbeitslosenhilfe und kleinen Jobs,
- teilzeitbeschäftigte Frau, alleinstehend, 1 Kind, brutto DM 1500,- Monatsgehalt
- „kleiner“ Beamter, verheiratet, Ehefrau arbeitslos, brutto DM 2300,-
- Facharbeiter, brutto DM 3900,-, Ehefrau Angestellte, brutto DM 2100,-
- Ingenieur, brutto DM 8800,-, Ehefrau Lehrerin, brutto DM 4200,-.

Gegenüber den sozialen Differenzierungen in der gesamten Arbeiterklasse, aber auch innerhalb der Statusgruppen Arbeiter, Angestellte, Beamte, verblassen die Unterschiede zwischen den Statusgruppen und verlieren immer mehr an Aussagekraft. Für die Gewerkschaften heißt das, daß sie immer weniger von homogenen Soziallagen der abhängig Arbeitenden ausgehen können - auch nicht bei der Mehrheit ihrer Mitgliedschaft -, geschweige denn von einer einheitlichen Klassenlage aller Beschäftigten, was immer schon eine Fiktion war.

Zu der sozialen tritt eine kulturelle Differenzierung, die die Situation für die Gewerkschaften noch viel schwieriger macht. Es war schon in der Vergangenheit falsch anzunehmen, eine bestimmte soziale Lage würde von allen Betroffenen in gleicher Weise verarbeitet und führe im Bewußtsein und Handeln der Individuen zu gleichartigen Ergebnissen. Allerdings hatte die Verarbeitung der sozialen Lage bisher ein weitgehend geteiltes Grundmuster zur Verfügung, das als Basis für die Ausdifferenzierung von Orientierungen, von Gesellschaftsbildern und sozialen Deutungsmustern diente. Die Situation der Lohnabhängigkeit und ihren Status als gewerbliche Arbeitnehmer haben die Arbeiter meist mit einer kollektiven Interessenorientierung verarbeitet, die trotz aller Unterschiede meist zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft

---

<sup>1</sup> Siehe dazu u. a. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900 -1970, Frankfurt/M. 1984.

führte. Angestellte dagegen haben die Situation der Lohnabhängigkeit und ihren Status mehrheitlich mit einer individualistischen Interessenorientierung verarbeitet, die meist zur Nichtmitgliedschaft in den Gewerkschaften führte. Allerdings gab es immer auch einige Arbeiter mit individualistischer Interessenorientierung und einige Angestellte - meist aufgestiegene Arbeiter - mit kollektiver Interessenorientierung.<sup>2</sup>

Die Gewerkschaften hatten sich daran gewöhnt, daß bestimmte Gruppen von Beschäftigten sich organisierten und andere nicht; sie hatten sich in dieser Situation eingerichtet, gewissermaßen ihr „Gärtchen abgesteckt“ und ihre Praxis entsprechend angepaßt. Der soziokulturelle Wandel verändert diese Situation gründlich. Zwar bleiben, zumindest in der augenblicklichen Übergangsperiode, die alten Orientierungen und Gesellschaftsbilder erhalten, aber nur noch bei viel kleineren Gruppen als vorher. Da das neue kulturelle Modell<sup>3</sup> aus der Krise des alten, aus der Erosion der Normalität entsteht und da die Individuen, die es tragen, sich ihren Weg aus dieser Krise mit dem Mittel der Kommunikation suchen, müssen sich alle Entscheidungen-Beitritt zur Gewerkschaft, Konsumententscheidungen, berufliche Optionen und so weiter - kommunikativ legitimieren. Die Gewerkschaft kann nicht mehr damit rechnen, daß sich die Arbeiter in Mittel- und Großbetrieben, weil sie eine kollektive Interessenorientierung besitzen, gewerkschaftlich organisieren, viel mehr muß auch der Beitritt zur Gewerkschaft in einem ausführlichen Diskussionsprozeß argumentativ begründet werden.

Hatten schon im alten kulturellen Modell vielfältige Differenzierungsmöglichkeiten bestanden, weil die unterschiedlichen sozialen Deutungsmuster für einen thematischen Bereich sich keineswegs immer mit denen für andere thematische Bereiche harmonisch zu einem Ganzen zusammenfügten, sondern zuweilen ein recht widersprüchliches Ganzes bildeten, so wird die Situation durch den soziokulturellen Wandel ausgesprochen verworren: In einem Fall bleiben die alten Deutungsstrukturen erhalten, im nächsten werden sie irritiert, im dritten völlig abgelöst. Das betrifft natürlich immer auch die jeweilige Bedürfnisstruktur. Die Gewerkschaft kann nicht mehr automatisch davon ausgehen, daß zwei Lohnabhängige, die in einer weitgehend übereinstimmenden sozialen Situation leben, auch die gleiche Bedürfnisstruktur besitzen. Dafür kann sie dagegen bei anderen Lohnabhängigen, die in durchaus unterschiedlichen sozialen Situationen leben, übereinstimmen.

#### Zum Verhältnis von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit

Zugleich ändert sich das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit. Im alten kulturellen Modell war es durch die Dominanz der Erwerbsarbeit und durch eindeutige Rollenzuweisungen bestimmt; die Erwerbsarbeit war die Domäne des Mannes, die Reproduktionsarbeit blieb dagegen die

---

2. Siehe hierzu Rainer Zoll, „Die Arbeitslosen, die könnt' ich alle erschießen“ - Arbeiter in der Wirtschaftskrise II, Köln 1984.

3 Rainer Zoll, Nicht so wie unsere Eltern! -Ein neues kulturelles Modell?, Opladen 1989.

Domäne der Frau, selbst wenn sie erwerbstätig war. Die jeweilig dominante Arbeit war die Quelle individueller Sinngebung.

Die Grenze zwischen Reproduktionsarbeit und „freier“ Aktivität ist inzwischen fließend geworden. Die Veränderungen im Verhältnis von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit hängen eng mit dem soziokulturellen Wandel zusammen, der auch als Abfolge ethischer Grundeinstellungen beschrieben werden kann, als Arbeits-, Konsumethos und als Ethos der Selbstverwirklichung. Die neue Unübersichtlichkeit stellt sich auf dieser Ebene als Nebeneinander der drei ethischen Grundeinstellungen dar. Konsum- und vor allem Selbstverwirklichungsethos führen zwar in aller Regel zu einer Abwertung der Sphäre der Erwerbsarbeit, aber mit beachtlichen Differenzierungen. Im Konsumethos wird das Verhältnis zur Erwerbsarbeit zunehmend instrumentell, die Bedürfnisstruktur wird reichhaltiger und verfeinert, doch setzen sich bestimmte Grundlinien aus dem Arbeitsethos fort.

Das neue kulturelle Modell setzt an die Stelle der Selbstverleugnung-Max Weber nannte sie die innerweltliche Askese<sup>4</sup> -, die Selbstverwirklichung; die Individuen entwickeln ein neues Verhältnis zu sich selbst, eine neue Form der Sorge um sich, was sich in der neuen Körperkultur, der Meditationsbewegung, der Therapiegesellschaft und in vielfältigen anderen Formen ausdrückt. Wesentliches Merkmal des neuen kulturellen Modells ist die Selbstbezüglichkeit des Denkens und Handelns der Individuen. Das Verhältnis zu jeglicher Art von Arbeit wird von der Suche nach Selbstverwirklichung bestimmt. Die Kritik an der Inhaltslosigkeit vieler Formen von Erwerbsarbeit, zum Beispiel der Bandarbeit, hat das Ideal einer kreativen oder sozial-nützlichen Arbeit hervorgebracht. Selbstverwirklichung erscheint Jugendlichen heute nur noch in Erwerbsarbeit mit kreativen Aspekten oder in sozial-nützlicher Arbeit möglich. Da aber solche Arbeitsplätze nur für eine kleine Minderheit zur Verfügung stehen, bleibt der Mehrheit nur ordinäre Lohnarbeit, zu der sie folgerichtig ein distanzierendes, überwiegend instrumentelles Verhältnis entwickeln.

Dagegen erfahren bestimmte Teilgebiete der Reproduktionsarbeit unter dem Gesichtspunkt der Selbstverwirklichung eine Aufwertung. Das betrifft vor allem die Kinderpflege und -erziehung. Diese Aufwertung verändert auch in kleinen Schritten das Verhältnis junger Männer zur Reproduktionsarbeit: Zwar drängen sie sich nicht gerade zur Hausarbeit, zeigen aber großes Interesse an Kinderpflege und -erziehung. Insgesamt ist eine Aufwertung des caring, des Sich-um-andere-Kümmerns festzustellen.

Bei den jungen Frauen werden diese Tendenzen - auch aufgrund ihrer Ausgangslage - zum Teil von gegenläufigen Tendenzen überlagert. Die Erwerbsarbeit wird stark aufgewertet, weil sie den Frauen eine relative Unabhängigkeit zuerst vom Elternhaus und dann vom möglichen (Ehe-)Partner verleiht. Kaum eine junge Frau rechnet noch damit, durch eine Heirat lebenslang materiell „versorgt“ zu werden; fast alle wollen einen Beruf erlernen, und dieje-

---

<sup>4</sup> Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, 2. Aufl., Tübingen 1922.

nigen, die eigentlich Reproduktionsarbeit als Lebensinhalt vorziehen, fühlen sich gezwungen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen.

### Grenzen und Möglichkeiten von Vereinheitlichung

Um Folgerungen für die Gewerkschaftsarbeit ziehen zu können, ist es wohl notwendig, gewissermaßen Schneisen im Dschungel der neuen Unübersichtlichkeit zu finden, gar zu schlagen. Zunächst muß gefragt werden, wie denn gewerkschaftliche Tarifpolitik in der Vergangenheit mit unterschiedlichen Interessen umgegangen ist: Sie hat sich an den sogenannten objektiven Interessen und der sozialen Lage der dominanten Gruppen ihrer Mitgliedschaft orientiert und sie vereinheitlicht. Von dieser Grundlinie abweichende Bedürfnisse mußten zurückstehen. Diese Art der Vereinheitlichung hatte immer auch eine disziplinierende Seite. Angesichts der wachsenden Differenzierung der Bedürfnisstruktur wäre es äußerst verhängnisvoll, diese Praxis einfach fortzusetzen. Das müßte unweigerlich dazu führen, daß sich immer mehr Erwerbstätige von der Gewerkschaft nicht vertreten fühlen, weil ihre Bedürfnisse nicht aufgegriffen werden.

Um der soziokulturellen Differenzierung gerecht zu werden, müßte grundsätzlich an die Stelle der traditionellen Art der Vereinheitlichung ein kommunikativer Prozeß der Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen treten. Da das neue kulturelle Modell als Möglichkeit eine kommunikative Kultur beinhaltet, käme es darauf an, sich diesen Tendenzen zu öffnen, sie sogar zu begünstigen. Auf der Grundlage einer solchen kommunikativen Gewerkschaftspraxis scheinen mir auf bestimmten Gebieten und für bestimmte Gruppen durchaus Vereinheitlichungen möglich zu sein; auf anderen dagegen wird es notwendig sein, flexible, differenzierende tarifpolitische Instrumente zu entwickeln oder wiederzuentdecken.

Die gewerkschaftliche Forderung, für die am ehesten eine Vereinheitlichung möglich zu sein scheint, ist die nach Arbeitszeitverkürzung. Die eingetretenen Veränderungen im Verhältnis von Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit und „arbeitsfreien“ Aktivitäten wurden durch die Arbeitszeitverkürzungen begünstigt. Die Logik dieser Veränderungen erfordert eine Fortsetzung der Arbeitszeitverkürzungen, denn sie haben eine Dynamik gefördert, die den Zeitbedarf vergrößert. Der kulturelle Wandel ist auch eine Veränderung der Zeitbedürfnisse. Gleich ob Selbstverwirklichung in der Lohnarbeit möglich ist oder nicht, sie erfordert Zeit, viel Zeit. Das Individuum braucht mehr Zeit für sich selbst und mehr Zeit für die Kommunikation mit anderen. Die Individuen entwickeln ein anderes Verhältnis zur Zeit, sie fordern die Respektierung ihrer Eigenzeiten.<sup>5</sup> Gleichzeitig steigt der Zeitbedarf der sozialen Systeme, in die die Individuen eingebunden sind, also der Familien, der informellen Gruppen, der Vereine und sicher auch der Gewerkschaften. Eine wirklich kommunikative Gewerkschaftspraxis erfordert viel Zeit. Selbst-

---

<sup>5</sup> Rainer Zoll, Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Frankfurt/M. 1988.

Verwirklichung braucht Frei-Zeiten und Frei-Räume innerhalb wie außerhalb von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit.

Allerdings ist eine solche Vereinheitlichung nicht mehr wie früher als ein relativ schneller innerorganisatorischer Willensbildungsprozeß in den zuständigen Tarifkommissionen und Vorstandsgremien zu bewerkstelligen; notwendig ist vielmehr ein öffentlicher Verständigungsprozeß in der Mitgliedschaft und darüber hinaus in der gesamten Arbeiterklasse, der diese Zeitbedürfnisse ausdrücklich und extensiv thematisiert. Gewiß gibt es unterschiedliche Zeitbedürfnisse, aber diese werden nicht durch eine Anpassung an die Flexibilisierungswünsche der Unternehmer befriedigt, sondern durch eine größere Autonomie der Beschäftigten in ihrer Zeitverwendung. Trotzdem benötigt auch eine kommunikative Kampagne zur Vereinheitlichung der Arbeitszeitinteressen Forderungen, die in schlagwortartigen Formulierungen mit hohem Symbolgehalt zusammengefaßt werden. Erinnerung sei hier an den Slogan „Samstags gehört Vati mir“, der in der Durchsetzung der 40-Stunden-Woche eine große Rolle spielte. Da Gewerkschaften die Krise des von ihnen errungenen Normalarbeitsverhältnisses mit Trauer sehen und defensiv reagieren, bietet sich für eine offensive Gewerkschaftspolitik der Kampf um eine neue Normalität, hier also einen neuen Normalarbeitstag, beispielsweise den Sechsstundentag, an. Selbstverständlich könnte auch er, genau wie der Achtstundentag, nur eine Richtschnur und nicht eine schematisch für alle zu verwirklichende Normalität werden.

Die angesprochenen Veränderungen bewirken auch innerhalb der klassischen Lohnarbeiterinteressen eine Verschiebung. In dem Maße, in dem durch eine erfolgreiche gewerkschaftliche Einkommenspolitik der Lebensstandard der Mehrheit der Lohnabhängigen gestiegen ist, verliert das Interesse an mehr Lohn relativ an Bedeutung und gewinnt das Interesse an der Erhaltung der Arbeitskraft an Handlungsrelevanz. Diese Tendenz wird durch die Zuwendung zum eigenen Selbst, insbesondere durch die neue Körperkultur, verstärkt. So wie die Reproduktionsarbeit im weiten Sinn gegenüber der Erwerbsarbeit aufgewertet wird, so wird auch das Reproduktionsinteresse in der Erwerbsarbeit stärker. Nicht von ungefähr steht seit Jahren in Umfrageergebnissen die Gesundheit an erster Stelle von Prioritätenlisten.

Früher, vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren, wurde die Verletzung dieses Interesses durch Lohnarbeit oft bagatellisiert, die Gefährdungen übersehen und die Zusammenhänge geleugnet. Die dann beginnende Sensibilisierung wirkte vorübergehend auch auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Erst die Wirtschaftskrise von 1974/75 schien diese Sensibilisierung rückgängig zu machen, in der gewerkschaftlichen Rahmentarifpolitik wurde seitdem keine große Offensive mehr zur Beseitigung gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen geführt. Sicher hat ein Teil der Lohnabhängigen die Aggression, die die Wirtschaftskrise für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen darstellte, gegen sich selbst gekehrt<sup>6</sup> und gemeint, nun müßten sie auch

---

<sup>6</sup> Siehe Zoll, Die Arbeitslosen, S. 114 ff.

Gesundheitsschäden in Kauf nehmen und trotz Krankheit zur Arbeit gehen, aber es war nur ein kleiner Teil der Lohnabhängigen, und vieles spricht dafür, daß dieses soziale Deutungsmuster einer Unterwerfung gegenüber dem Aggressor seitdem wieder an Relevanz verloren hat. Das neue Körperbewußtsein und die vorrangige Bewertung der Gesundheit sind im übrigen Indizien dafür, daß die Sensibilisierung für die Gefährdungen durch Arbeitsbedingungen heute größer ist als zu Beginn der siebziger Jahre.<sup>7</sup>

Eine gewerkschaftliche, rahmentarifpolitische Offensive zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im weiten Sinne, das heißt einschließlich aller für die Gesundheit relevanten Aspekte sowie der ökologischen Gesichtspunkte, hätte große Chancen für eine breite Zustimmung der Beschäftigten. Doch das Problem der Vereinheitlichung ist hier viel größer als bei der Arbeitszeit; es ist um so größer, je konkreter ein solcher Tarifvertrag in die realen Arbeitsbedingungen eingreifen soll. Gewiß können relativ allgemeine Bestimmungen auf regionaler beziehungsweise nationaler Ebene festgehalten werden. Aber schon der Lohnrahmentarifvertrag II für Nordwürttemberg-Nordbaden, mit dem zu Beginn der siebziger Jahre erstmals für ein Tarifgebiet der Abbau gesundheitsgefährdender Arbeitsbedingungen vereinbart wurde, enthielt viele Öffnungsklauseln. Angesichts der Unterschiedlichkeit der konkreten Arbeitsbedingungen von Betrieb zu Betrieb, von Arbeitsgruppe zu Arbeitsgruppe gibt es letztlich nur eine durchaus bekannte Lösung: Die umfassende Vereinheitlichung kann nur das Prinzip des tarifpolitischen Eingriffs und allgemeine Bestimmungen betreffen, die inhaltliche, konkrete Vereinheitlichung kann nur auf der Ebene der homogenen Arbeitsgruppe, der Nachbarschaftsgruppe, des Arbeitssystems oder für bestimmte Probleme auf der Ebene des Betriebs stattfinden. In anderen Worten hieße das, auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen endlich ernst zu machen mit der betriebsnahen Tarifpolitik. Sie allein dürfte in der Lage sein, der sich aus der objektiven Situation mehr oder weniger direkt ergebenden Unterschiedlichkeit der Interessen auf dem Gebiet der Arbeitsbedingungen gerecht zu werden. Wenn die Dominanz des Interesses an mehr Lohn von neuen kulturellen Deutungen, hier der Priorität für die Erhaltung der Arbeitskraft, bestritten wird, so ist der skizzierte Weg eine Möglichkeit, um der Bedeutungsverlagerung gerecht zu werden.

Ähnliches gilt für das Problem der Arbeitsgestaltung. Für die Minderheit der jungen Frauen und Männer, die sich in der beruflichen Arbeit selbstverwirklichen wollen und auch einen entsprechenden Beruf und ihnen geeignet erscheinenden Arbeitsplatz gefunden haben, gilt, daß sie für gewerkschaftliche Argumente in Fragen des Lohns und der Arbeitszeit wenig empfänglich sind, weil ihnen die Selbstverwirklichung über alles geht. Allenfalls in Fragen der Arbeitsbedingungen könnten sie für gewerkschaftliche Argumente aufgeschlossen sein. Für die Mehrheit der jungen Frauen und Männer dagegen, die die Erwerbsarbeit nur als ein notwendiges Übel ansehen, für die die Sinne-

---

<sup>7</sup> Schon 1979/80 übten Arbeiter in Interviews immer wieder Selbstkritik an ihrem Arbeits- und Gesundheitsverhalten, s. Rainer Zoll, Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, Erster Bericht: Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung, Köln 1981.

bung längst in den Bereich der Nichtarbeit oder vielleicht der Reproduktionsarbeit verlagert ist, stellt eine andere Arbeitsgestaltung die einzige Chance dar, in der Arbeit eine gewisse Befriedigung zu finden. Zur Zeit suchen sie nur, Spaß *bei* der Arbeit zu haben, also in der Kommunikation mit den Arbeitskollegen, um die von ihnen immer wieder thematisierte Sinnlosigkeit ihrer Erwerbsarbeit auszugleichen. Sie sehen sich - durchaus nicht unrealistisch - als ein relativ belangloses „kleines Rädchen“ im Getriebe der Wirtschaft. Das heißt natürlich nicht, daß diese Menschen keine Interessen haben, die Inhalt und Form der Arbeit betreffen, sondern daß diese Interessen in ihrer konkreten Arbeit nicht berücksichtigt werden. Um sie zu gewinnen, dürfte die Gewerkschaft nicht bei der Kritik der monotonen Arbeit stehenbleiben, sondern müßte den gewiß schwierigen Kampf um eine *andere* Arbeitsgestaltung, um andere Arbeitsinhalte und endlich auch um andere Produkte viel ernsthafter aufnehmen, als das bisher der Fall ist.

Die Veränderung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit, die Verlagerung der Sinnggebung in die Zeit außerhalb der Lohnarbeit beinhaltet, daß trotz der hier diskutierten Möglichkeiten die Tarifpolitik letztlich immer mehr an Bedeutung verliert. Dies könnte auch negative Folgen für die Gewerkschaften überhaupt haben. Es sei denn, die tarifpolitische Argumentation würde eingebunden in einen gewerkschaftlichen Diskurs über Sinnggebung, der die Lohnarbeiterinteressen überschreitet und die Ganzheitlichkeit des Menschen ins Zentrum stellt. In diesem Sinne sollte es mit einer Gewerkschaftsarbeit im Wohnbereich ein *zweites Standbein* zusätzlich zur gewerkschaftlichen Betriebsarbeit geben.<sup>8</sup> Tarifpolitik könnte in einem solchen Zusammenhang als Voraussetzung für die Entfaltung weitergehender Bedürfnisse in der Nichtarbeitszeit begriffen und dadurch gewissermaßen wieder aufgewertet werden.

#### Zum Verhältnis von Sicherheit und Freiheit

Wolf gang Zapf und andere haben in ihrem Gutachten für die Bundesregierung unter dem Titel „Individualisierung und Sicherheit“ aufgrund ihrer empirischen Erhebungen darauf hingewiesen, daß die Individuen bei aller Individualisierung und der Pluralisierung der Lebensstile zugleich ein hohes Sicherheitsbedürfnis haben. Dieses Bedürfnis bezieht sich sowohl auf die soziale Sicherung als auch vor Krieg und Kriminalität geschützte Lebensverhältnisse.<sup>9</sup> Die folgende Argumentation bezieht sich vorrangig auf die soziale Sicherung. Neu an dieser „Bedürfnisstruktur“ ist nur, daß heute entschieden ein Zugleich von Sicherheit und Freiheit, von sozialer Absicherung und dem Recht auf individuelle Vielfalt und Selbstbestimmung reklamiert wird. Ulrich Mückenberger weist in Auseinandersetzungen mit der neokonservativen Ideologie mit Nachdruck darauf hin, daß schon deren Prämisse falsch ist: „Freiheit und Sicherheit seien Gegensätze“. „Der Neokonservatismus ver-

<sup>8</sup> Rainer Zoll, Zweites Standbein, in: Der Gewerkschafter 3/89 sowie ders., Über die Notwendigkeit von Gewerkschaftsarbeit im Wohnbereich, in: Die Mitbestimmung 2/89.

<sup>9</sup> Wolf gang Zapf u. a., Individualisierung und Sicherheit, München 1987.

knüpft nämlich die (...) neuartigen Bedürfnisse und Haltungen sowie ihre Realisierung in praktischer Tagespolitik wie selbstverständlich mit einer ... folgenreichen Prämisse. Sie lautet: „Mehr Freiheit ist nur auf Kosten von Sicherheit zu erlangen“.<sup>10</sup> Woher kommt die Selbstverständlichkeit dieser Argumentation? Die Neokonservativen greifen hier bei ihren Zugeständnissen an den neuen Individualismus gleichzeitig auf bestimmte Elemente des alten kulturellen Modells zurück und klagen sie bei den neuen Individualisten ein; das betrifft sowohl das Leistungsprinzip<sup>11</sup> als auch die Alternative Sicherheit oder Freiheit. Es ist ein Element des neuen kulturellen Modells, diese Alternative so nicht mehr zu akzeptieren.

Im alten kulturellen Modell lautete eine selbstverständliche Deutung: Wenn Du mehr erleben, mehr verdienen, mehr Freiheit haben willst, dann mußt Du bereit sein, Risiken einzugehen und das heißt, auf Sicherheit zu verzichten. Unzählige literarische Beispiele schildern das Schicksal derjenigen, die den gesicherten Hort verließen und hinauszogen in eine risikoreiche Freiheit. Zum Bestand dieses Deutungszusammenhangs gehörte auch immer der Hinweis, daß das Risiko durch Leistung gemindert werden könne (zum Beispiel „Vom Tellerwäscher zum Millionär“). Diese Heroen der bürgerlichen Gesellschaft wurden oft konfrontiert mit der anderen Leitfigur, die die Sicherheit wählt, aber zugleich im Sinne von Treue, Pflichterfüllung und Verantwortung für andere Verzicht leistet. Wie auch immer die Gewichte gesetzt wurden, klar war, hier wurde eine Alternative behandelt.

Die Ablehnung der Alternative Sicherheit oder Freiheit im neuen kulturellen Modell hat die in den westlichen industriekapitalistischen Ländern erreichte materielle, soziale Sicherung zur Voraussetzung. Mehr noch als das wirklich erreichte Maß von Sicherheit ist es das Versprechen ihrer Möglichkeit, das - zusammen mit den unleugbaren materiellen Ressourcen dieser Gesellschaften - die Deutung ermöglicht, Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Was aber dabei nicht oder kaum ins Blickfeld gerät, ist der Umstand, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen von der Arbeiterbewegung im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen erkämpft wurden: Die vorhandene soziale Absicherung, gleich ob in Form von Tarifverträgen oder Sozialgesetzen, ist direkt oder indirekt Resultat der Kämpfe, und das heißt auch der gesellschaftlichen Machtentwicklung der Gewerkschaften und/oder der Arbeiterparteien. Wie sehr die Absicherung durch gewerkschaftliche Tarifpolitik und durch Sozialversicherungen eigentlich zusammengehören, ist an der Tatsache zu sehen, daß sie in einigen Ländern (Belgien und Schweden zum Beispiel) nicht getrennt sind. In Deutschland hat dagegen der geniale Trick Bismarcks, die Sozialpolitik als Aufgabe des Staates zu definieren, zusammen mit dem Staatsfetischismus der Arbeiterbewegung die Trennung beider Elemente sozialer Sicherheit - auch in den Köpfen - wesentlich vorangetrieben. Es reicht nicht, wenn die Gewerkschaften das Verdienst,

---

10 Ulrich Mückenberger, Der Wandel des Normalarbeitsverhältnisses unter Bedingungen einer „Krise der Normalität“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/89, S. 219.

11 Zoll, Zerstörung.

Sicherheit als Voraussetzung von Freiheit erkämpft zu haben, verbal in Anspruch nehmen. Wenn die Gewerkschaften „die Prämisse eines Gegensatzes zwischen Freiheit und Sicherheit“ akzeptierten und die Berücksichtigung von Individualität als unvereinbar mit einer Politik sozialer Sicherung ansähen, dann würden sie traditionelle Deutungsbestandteile des alten kulturellen Modells, die im Widerspruch zu ihren Erfolgen stehen, aufrechterhalten und damit „in die von den Neokonservativen gestellte Falle (...) laufen“.<sup>12</sup>

### Grundsicherung als Basis

Aus diesem Dilemma kommen die Gewerkschaften - auch für die Lohnabhängigen überzeugend - nur heraus, wenn sie ihre Praxis der Absicherung der Lohnabhängigen weiterführen und erweitern und bewußt mit einem Projekt von Individualität und Freiheit verbinden. Es genügt nicht, die tarif politischen und sozialpolitischen Erfolge der Vergangenheit in der Öffentlichkeit stärker herauszustellen. Diese Erfolge sind für die Mehrheit der Lohnabhängigen viel zu sehr zu einem selbstverständlichen Bestandteil ihres Lebens geworden, als daß eine bloße Öffentlichkeitskampagne - wie berechtigt das Reklamieren der Erfolge als gewerkschaftliche Errungenschaften auch immer sein mag - ausreichen würde, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Vielmehr muß, um die erreichte soziale Sicherheit im Bewußtsein der Lohnabhängigen als gewerkschaftliche Errungenschaft zu verankern, eine solche Öffentlichkeitskampagne verbunden werden mit einer tarif- und sozialpolitischen Praxis, die die Grundsicherung weiterführt und ausbaut. Bei der Weiterführung der tarifvertraglichen Einkommenspolitik kommt es darauf an, sie neu zu begründen, sie mit den gestiegenen und vor allem veränderten Reproduktionsbedürfnissen zu legitimieren und gegebenenfalls dieser Entwicklung anzupassen.

Für den Ausbau der Grundsicherung wäre es konsequent, die bestehenden und sich auf tuenden Lücken zu füllen. Die Glaubwürdigkeit der gewerkschaftlichen Grundsicherungspolitik steht auf dem Spiel, solange es Gruppen gibt, die sie nicht erfaßt. Das betrifft insbesondere die Gruppe der Arbeitslosen. Zwar haben die Gewerkschaften den Kampf gegen Arbeitslosigkeit auch zu ihrer Aufgabe gemacht, aber es ist klar, daß die mit der bisherigen Tarif politik erreichbaren Arbeitszeitverkürzungen nicht genügen, um die Arbeitslosigkeit drastisch zu verringern, und daß auch politische Appelle an die Bundesregierung kaum etwas bewirken. Es geht darum, die für die große Mehrheit der Beschäftigten erreichte Grundsicherung - als Basis für individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung - auf die bedrohte Minderheit auszudehnen. Die dazu notwendige radikale Arbeitszeitverkürzung erscheint dann am ehesten durchsetzbar, wenn sie mit der Forderung nach Grundsicherung verbunden und sowohl an die Arbeitgeber als auch an den Staat gerichtet wird.

Wenn die Erwerbsarbeit nicht mehr die Quelle von Sinngebung ist, wenn die materiellen Interessen der Beschäftigten nicht mehr die Priorität haben und wenn das gesamtgesellschaftliche Problem nicht die Produktion des

---

<sup>12</sup> Mückenberger, Normalarbeitsverhältnis, S. 219.

Reichtums sondern seine Verteilung ist, dann ist ein arbeitsfreies Grundeinkommen kein ungewerkschaftlicher Gedanke; es zusammen mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, das heißt besserer Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, zur gewerkschaftlichen Forderung zu machen, ist logische Konsequenz eines denkbaren neuen gewerkschaftlichen Projekts, das, bewußt aufbauend auf den historischen Erfolgen der Gewerkschaften, ein neues Verhältnis von Sicherheit und Freiheit bestimmt, in dem es Solidarität und Individualität verbindet.